

Nach der Krise ist vor der Krise

Zinssenkung Warum der Rettungsring der Notenbanken die Falschen treffen wird



NADJA SIEBENMANN

Am Dienstag hat die US-Notenbank den Leitzins um einen halben Prozentpunkt gesenkt. Daraufhin schossen die Börsenkurse in die Höhe. Ob es langfristige Zukäufe oder lediglich kurzfristige Deckungskäufe von spekulativen oder absicherungstechnischen Leerverkaufspositionen waren, welche die Aktienkurse beflügelten, wird sich zeigen. Tatsache ist, dass der Dow Jones jetzt trotz Finanzkrise bereits wieder knapp unter seinem Allzeithoch notiert, das er erklimmen hatte, als sich die Investoren noch in «den besten aller Welten» wähnten. Da kann man leicht den Eindruck gewinnen, dass es zu den primären Aufgaben der Notenbanken gehört, die Börsen vor dem Absturz zu retten – obschon sie genau das immer wieder abstreiten. Dass der Zins-Rettungsanker tatsächlich die Richtigen erreicht, muss hingegen bezweifelt werden. Die schätzungsweise 1,5 bis 2 Millionen amerikanischen Subprime-Hypothekarschuldner, welche am Anfang der Finanzkrise standen, konnten sich ihre Hypotheken gar nie leisten. Deshalb kann ihnen die Notenbank auch nicht helfen. Und deshalb mussten die Real Estate Investment Trusts (REITS), die diese Hypotheken ausgestellt haben, für sie auch extra neue, hochriskante Hypotheken kreieren, von denen nun unter dem Namen «Subprime» überall die Rede ist. Subprime bedeutet zum Beispiel, dass man anfänglich nur einen reduzierten Zins bezahlen muss – ohne die sonst in den USA übliche Amortisation. Für viele dieser als Lockvogelangebote getarnten Hypotheken

müssten die eh schon auf finanziell schwachen Füssen stehenden Schuldner jetzt zusätzliches Geld – zum Beispiel für höhere Monatsraten oder Eigenkapital – aufbringen, das sie gar nicht haben respektive gar nie hatten – Leitzinssenkung hin oder her. Bestenfalls können sie mit ihrem REIT neue, bessere Konditionen aushandeln – falls es die Gesellschaft überhaupt noch gibt. Dass die REITS wie Kartenhäuser implodiert sind, ist auch darauf zurückzuführen, dass sie reine Steuersparkonstrukte sind, erfunden zum Zweck der Förderung des Eigenheimbesitzes. US-REITS zahlen kaum Steuern, müssen dafür aber annähernd 100 Prozent ihres Gewinns an die Aktionäre ausschütten. Der Nachteil dieses Konstrukts ist, dass REITS nie hohe Reserven anhäufen können und somit gemessen am hohen Schuldenberg, den sie wegen der Erträge zu stemmen geneigt sind, viel zu wenig Eigenkapital haben. Sobald erste Verluste auftreten und der REIT keine Ausschüttungen mehr vornehmen kann, verliert er nicht nur sein Steuerprivileg, sondern droht er auch unter seiner dünnen Eigenkapitaldecke einzubrechen. Nein, von der Zinssenkung profitieren vielmehr diejenigen, die sie eigentlich gar nicht brauchen: die guten Hypothekarschuldner, deren Zinsen an die Prime-Rate gekoppelt sind. Somit ist das zu befürchten, was viele Ökonomen und Analysten schon heute prophezeien: dass der Hypokrise so nicht beizukommen ist. Dafür wird einmal mehr der Boden für eine neue Kreditblase gelegt, ganz nach dem Motto «Nach der Krise ist vor der Krise».

nadja.siebenmann@azag.ch

Beliebt, aber auch wirksam?

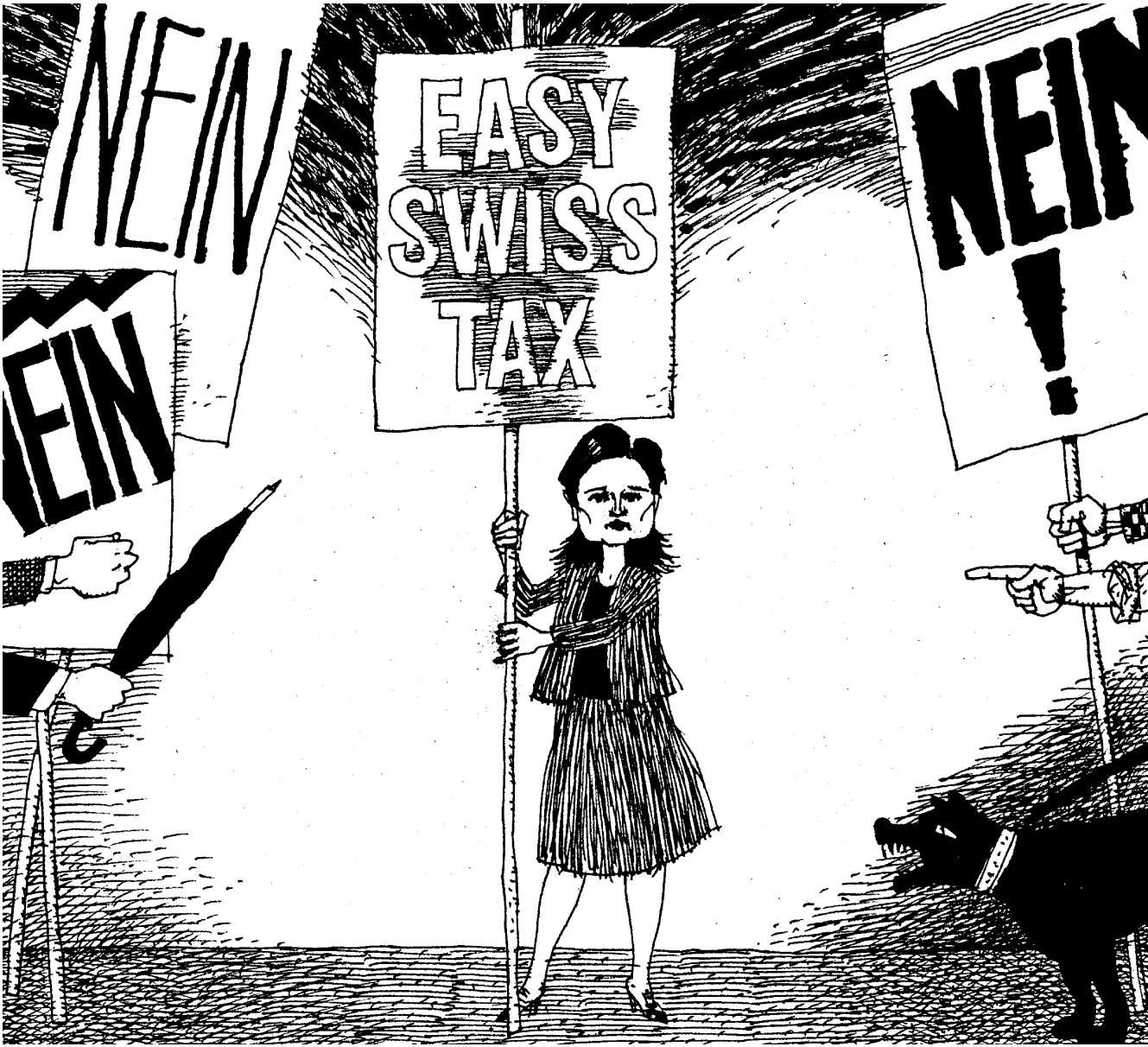
Gesundheit Die Grundversicherung muss nicht alle Wünsche abdecken



DANIEL FRIEDLI

Was soll oder muss die obligatorische Krankenversicherung alles bezahlen? Im Nationalrat hat die Frage diese Woche gleich zweimal heftige Debatten ausgelöst. Für die einen – namentlich die SVP – wird heute schon zu viel bezahlt, weshalb sie den Leistungskatalog per Volksinitiative massiv ausdünnen wollen. Die anderen – das links-grüne Lager – finden hingegen, es dürfe noch etwas mehr sein, weshalb sie ebenfalls per Initiative die Vergütung von alternativen Heilmethoden fordern. Der Nationalrat hat nun beide Begehren zur Ablehnung empfohlen, und dies mit gutem Grund. Denn bei beiden ist unklar, was eigentlich gemeint ist. Die SVP-Initiative für «tiefere Krankenkassenprämien» bleibt ein leeres Versprechen, denn sie sagt (wohlweislich) nicht, worauf denn verzichtet werden soll. Die Initiative «Ja zur Komplementärmedizin» öffnet demgegenüber die Schleusen für über 200 Heilmethoden, deren Wirksamkeit mit den gängigen wissenschaftlichen Methoden bisher nicht nachweisbar war. Vor allem im zweiten Fall werden die Gegner vor dem Volk jedoch einen schweren Stand haben. Die Komplementärmedizin ist sehr beliebt, was sich allein schon dadurch zeigt, dass sich rund 70 Prozent der Schweizer ihre Dienste über eine Zusatzversicherung leisten. Doch populär heisst eben nicht zwingend wirksam, und schon gar nicht kassenpflichtig. Bisher gilt, dass über das Obligatorium nur bezahlt werden soll, was wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich ist. Wird dieser bewährte Grundsatz aufgeweicht, droht ein Jekami, das dem Prinzip einer «Grund-Versicherung widerspricht. Das Nein des Nationalrats ist darum vernünftig: Solange die Komplementärmedizin Glaubenssache bleibt, soll auch nur zahlen, wer daran glaubt.

daniel.friedli@azag.ch



CLAUS KNEZY

SP voller Widersprüche

Gastautorin «Easy Swiss Tax» entlastet vor allem den Mittelstand



DORIS FIALA

Mit der «Easy Swiss Tax» hat die FDP eine radikale Steuerreform lanciert. Damit soll vor allem der Mittelstand entlastet werden. Als die FDP des Kantons Zürich vor etwas mehr als einem Jahr der Öffentlichkeit ihre radikale Steuerreform präsentiert hat, geschah bisher Undenkbares: Von links bis rechts gab es nur Zustimmung. Die SP lobte das «durchdachte System», der «Tages-Anzeiger» sprach von einer echten «Vision» und der SVP blieb kurzerhand die Spucke weg. Ende der letzten Sommerferien doppelte die FDP nach: Sie lancierte die Steuerreform schweizweit, und im Kanton Zürich präsentierte die FDP ein konkretes Steuermodell mit Zahlen. Diese sprachen eine deutliche Sprache: Allein im Kanton Zürich kann mit der «Easy Swiss Tax» der Mittelstand um 300 Millionen Franken entlastet werden. Die Reaktionen der anderen Parteien – wen wundert – fielen diesmal, wenige Wochen vor den Nationalratswahlen, negativ aus: Die SVP erhob den Finger und meinte, sie habe schon vor Jahren gesagt, dass man das Steuersystem vereinfachen sollte. Habe. Meinte. Sollte! In einen eigentlichen Abwehrkampf fiel die SP: Sie konnte ganz einfach nicht glauben, dass die FDP mit einem Steuerprojekt primär den Mittelstand entlasten will und nicht – was schön ins Schwarz-Weiss-Muster der SP gepasst hätte – die «Superreichen». Fast täglich schrieben sich die SP-Vertreter in den Folgetagen die Finger wund, attackierten die FDP mit Medienmitteilungen und suchten verzweifelt nach Argumenten, weshalb nicht sein kann, was nicht sein darf. Leider verhedderten sich die SP-Vertreter regelmässig in Widersprüche: Während der Präsident der SP der Stadt Zürich die «Easy Swiss Tax» noch ausdrücklich gelobt hatte, sah der Präsident der SP Schweiz nun alte Feindbilder bestätigt: Nur für die Reichen! Fast gleichentags forderten Ver-

treter der SP-Kantonsratsfraktion ebenfalls eine Steuerreform à la «Easy Swiss Tax», um diese nochmals einen Tag später in Leserbriefen wiederum zu relativieren. Und als ob der SP-Sympathisant seelisch nicht schon genug durchgeschüttelt worden wäre, stellte sich heraus, dass das SP-Alternativmodell zu riesigen Steuerausfällen führen würde und primär eine Gruppe begünstigen würde: die «Superreichen» ... Die politische Linke versuchte selbstverständlich auch, die «Easy Swiss Tax» als Wahlkampf-Gag abzutun. Doch dazu ist das Reformprojekt viel zu solid: Die FDP des Kantons Zürich mit Kantonsrat Hans-Peter Portmann als «geistigem Vater» hat drei Jahre intensiver Vorbereitungsarbeit investiert, hat alle massgeblichen Steuertheorien studiert, mit den bekanntesten Steuerwissenschaftlern gesprochen – und ist sogar nach Osteuropa gereist, zum slowakischen Finanzminister, der vor einiger Zeit eine Flat Rate Tax eingeführt hat. Im Verlaufe all dieser Vorbereitungsarbeiten stellte sich

Die SP fiel in einen Abwehrkampf: Sie konnte nicht glauben, dass die FDP mit einem neuen Steuerprojekt primär den Mittelstand entlasten will

rasch heraus, dass ein reines Flat-Tax-Modell in der Schweiz nicht funktionieren würde. Die intensive Vorarbeit war wertvoll, denn die «Easy Swiss Tax» besteht heute gerade dadurch, dass sie wichtige Stärken des schweizerischen Steuersystems beibehält (zum Beispiel die kantonale Steuerhoheit), diese aber um weitere Vorteile ergänzt: Das neue System bringt dank zwei bis drei Einheitstarifen, wenigen, aber hohen Pauschalabzügen und der Soll-Kapitalrenditebesteuerung eine radikale Vereinfachung, wodurch Verwaltungskosten eingespart werden. Die Produktivität wird steigen und die Investitionen werden markant zunehmen. Das haben entsprechende Erfahrungswerte aus den Niederlanden eindrücklich gezeigt. Das neue Steuersystem ist sodann transparenter, eliminiert viele Steuerschlupflöcher und macht Schwarzarbeit zu einem grossen

Teil unattraktiv. Und schliesslich – für eine liberale Partei wie die FDP ebenfalls zentral: Das neue System behandelt Verheiratete, Ledige, Konkubinatspaare, Doppelverdiener oder Ehepaare mit einem Einzelverdiener gleichberechtigt. Die FDP wollte es indes nicht nur bei einem Grundmodell belassen. Vielmehr entspricht es dem staatspolitischen Verständnis der Partei, dass sie ein konkretes Steuermodell für den Kanton Zürich entwickelt hat. So bleibt kein Zweifel, welche politischen Ziele die Partei verfolgt: Die FDP will mit «Easy Swiss Tax» den Mittelstand steuerlich entlasten. Und zwar ohne dass gleichzeitig eine andere Steuerklasse mehr belastet wird: Nach verschiedensten Kompensationen würde aufgrund heutiger Zahlen ein vertretbarer Steuerausfall resultieren. Dieser liegt im Bereich der normalen Einnahmeschwankungen von ein bis drei Jahren und könnte problemlos durch mehr generiertes Volkswirtschaftswachstum kompensiert werden. Falls sich das neue Steuersystem anhaltend positiv auf die Steuereinnahmen auswirkt, will die FDP in einem zweiten Schritt für alle Steuerklassen die Einheitstarife senken. Die FDP wird die Steuerdiskussion in diesem Sinne konsequent weiterführen und mit allen wichtigen politischen Kräften das Gespräch suchen. Der Ball liegt nun bei den anderen Parteien: Sie können auch nach den Wahlen wie das Kaninchen vor der Schlange stehen bleiben – oder aber konstruktiv mit anpacken bei der Umsetzung einer Steuervereinfachung, die jeder Steuerzahlerin und jedem Steuerzahler zugute kommen wird.

Doris Fiala Präsidentin der FDP des Kantons Zürich, Vorstandsmitglied der FDP der Stadt Zürich. Inhaberin einer Agentur für Öffentlichkeitsarbeit. Verheiratet, drei Kinder.